

Danziger Volksstimme



Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 350 Mk. Durch die Post monatlich 350 Mk. In Pommern: monatlich 400,— Mk. In polnischer Währung.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die Spaltenbreite 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870, 872, 874, 876, 878, 880, 882, 884, 886, 888, 890, 892, 894, 896, 898, 900, 902, 904, 906, 908, 910, 912, 914, 916, 918, 920, 922, 924, 926, 928, 930, 932, 934, 936, 938, 940, 942, 944, 946, 948, 950, 952, 954, 956, 958, 960, 962, 964, 966, 968, 970, 972, 974, 976, 978, 980, 982, 984, 986, 988, 990, 992, 994, 996, 998, 1000.

Nr. 290

Montag, den 11. Dezember 1922

13. Jahrgang

Lord George gegen den französischen Annexionismus.

Der ehemalige Premierminister Englands, Lord George, nimmt in einer Artikelserie, die in je einem Blatt der größten Länder Europas und Amerikas erscheint zu den gegenwärtigen Fragen der Weltpolitik Stellung. Die bisher erschienenen Artikel haben in England, Amerika und Frankreich großes Aufsehen erregt, weil Lord George hier in offener Weise über die französischen Eroberungsgelüste im Rheinland spricht.

Zum früheren Anlaß seines ersten Aufsatzes hat Lord George die Auflage genommen, die Clemenceau während seiner Propagandareise in den Vereinigten Staaten gegen England wiederholt erhoben hat, wonach die englische Regierung Frankreich gegenüber einen Wortbruch begangen habe, in dem es das versprochene Garantiekabkommen für den Fall eines deutschen Angriffs nicht abgeschlossen habe. Jeder in Fragen der Weltpolitik auch nur halbwegs versierte Leser weiß, daß ein solcher Vorwurf, wenn überhaupt, so doch nur gegen das amerikanische Parlament gerichtet werden könnte, da durch dessen Ablehnung der Ratifizierung des Versailler Vertrages auch der ursprünglich geplante Garantiepakt (England-Amerika-Frankreich) ins Wasser fiel. Lord George stellt bei dieser Gelegenheit fest, daß dieser ursprüngliche Pakt von Wilson und von ihm selbst lediglich zur Abwehr des französischen Imperialismus vorgeschlagen wurde, d. h. um Clemenceau, Tardieu und Koch davon abzubringen, das linke Rheinufer zu annektieren. Bei dieser Gelegenheit weist Lord George auf die Gefahr hin, daß französischerseits der Versuch gemacht werde, die Besetzung des Rheinlandes bis zur vollständigen Vertragserfüllung, d. h. dank einer „geschickten Behandlung der Reparationsfrage“ durch das französische Kabinett „unter diesem oder jenem Vorwand ins Ungemeine“ zu verlängern. Lord George betont bei dieser Gelegenheit eindringlich den rein deutschen Charakter der linksrheinischen Gebiete und hebt die Gefahr hervor, daß jene annexionspolitische Politik Frankreichs zu einem deutschen Befreiungskriege führe. Er erklärt es für notwendig, die Franzosen schon jetzt zu warnen, daß bei einem solchen Kriege die Sympathien Großbritanniens und Amerikas „offen auf der Seite derjenigen sein werden, die für nationale Freiheit kämpfen“. Er fügt hinzu: „Die Zeit ist gekommen, daß diese Dinge gesagt werden.“

Lord George erzählt weiter, daß er trotz der amerikanischen Ablehnung und um den friedlichen Wiederaufbau Europas zu fördern, Frankreich ein schriftliches Garantieangebot in Cannes unterbreitet hatte, daß jedoch im entscheidenden Augenblicke Briand von Poincaré gestürzt und danach das britische Angebot von der neuen französischen Regierung „mit Verachtung zurückgewiesen“ wurde. Poincaré verlangte nämlich eine Militärkonvention, und da sich Lord George — zweifellos als gestreuter Zeitschreiber der überwältigenden Mehrheit des englischen Volkes — darauf nicht einließ, wanderte der Pakt mit Großbritannien in den Papierkorb, „aber wir haben ihn nicht hineingeworfen“, sagt Lord George hinzu und richtet an Clemenceau das Ersuchen, seine Anklagen in Paris gegen Männer seiner eigenen Klasse (Nied.: gegen Poincaré) zu richten „und nicht in Newyork gegen Engländer“.

Das alles ist nicht neu, ebensowenig wie die sehr scharfe Kennzeichnung des Verhaltens Frankreichs während Genoa. Lord George nimmt ausdrücklich den damaligen französischen Delegationsführer Barthou in Schutz, der unter den demütigendsten Verhältnissen sein Bestes getan habe. Aber Poincaré habe ihn mit fortwährenden telegraphischen Weisungen und Befehlen bombardiert (Lord George spricht von 800 derartigen Mitteilungen während der ganzen Konferenzdauer!) und somit sei die Aufgabe dieses „armen Mannes“ unerfüllbar geworden. Frankreich habe eben auf einen Fehlschlag der Konferenz hingearbeitet.

Hoffentlich erzielen die Mahnungen und Warnungen des ehemaligen Premierministers die gleiche heilsame Wirkung, die sie aus dem Munde eines aktiven Premierministers gehabt hätte. Leider lehrt die Erfahrung, daß solche nachträglichen Anklagen allzu sehr an Wirkung verlieren, infolge der unvermeidlichen und sehr naheliegenden Gegenfrage: „Warum tatest du nichts dagegen, als du die Macht in Händen hattest?“

Poincaré's Verteidigung.

Poincaré richtet durch den Sonderberichterstatter der Agence Havas in London eine längere Erklärung gegen den ersten im „Daily Telegraph“ erschienenen Artikel Lord Georges. Er wendet sich an erster Stelle gegen die Behauptung, es gebe in Frankreich eine maß-

gebende Partei, die die Absicht habe, das linke Rheinufer zu annektieren. Poincaré spricht alsdann von dem von Lord George in Cannes vorgeschlagenen Garantiepakt, der vollkommen illusorisch gewesen sei, da er nur eine Garantie von 10 Jahren und keine Sicherheit im Falle eines ungerechten Angriffs Deutschlands beispielsweise gegen Polen enthalte und auch auf keiner militärischen Grundlage beruhe. Sämtliche Angriffe Lord Georges rühren offensichtlich von dem sonderbaren Gedankengang her, der ihn beherrsche, wenn er glaube, daß es in Frankreich eine imperialistische und annexionspolitische Partei gebe.

Beginn der Ministerpräsidenten-Konferenz in London.

Donnerabend vormittag begannen die Beratungen der vier Premierminister, Bonar Law, Poincaré, Mussolini und Theunis. Ueber den Verlauf des ersten Verhandlungstages in London glaubt Savas mitteilen zu können: Man könne den französischen Standpunkt dahin formulieren, daß Deutschland höchstens für zwei Jahre ein Zahlungsausschub für seine Goldzahlungen gewährt werden könne. Während dieser Zeit müßten die Sachlieferungen in verringertem Maßstabe erfolgen. Die deutsche Regierung müsse in kurzer Frist gesetzliche Maßnahmen erlassen, um die deutschen Finanzen zu sanieren. Ein Kredit von einer halben Milliarde Goldmark, zu der eine gleich hohe Summe aus dem Goldbestand der Reichsbank kommen müßte, werde Deutschland zur Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt. Um eine Bürgschaft für die Ausführung dieser Reformen zu besitzen, würden die Alliierten 25 vom Hundert der deutschen Ausfuhr und die Zolleinnahmen erheben sowie die Bergwerke des Ruhrgebiets kontrollieren. Mussolini hat der Konferenz eine Note überreicht, in der er die Ueberzeugung ausspricht, daß, wenn ein Zahlungsausschub gewährt werden müßte, dies nur gegen gewisse Bürgschaften erfolgen könne. Er sei jedoch Gegner militärischer Druckmittel. Bonar Law betrachtet die Aufrechterhaltung der entente cordiale als grundlegende Notwendigkeit. England sei weit davon entfernt, das Deutsche Reich von seinen Verpflichtungen befreien zu wollen. Es wolle Zahlungen im Rahmen des Möglichen erlangen. Die gegenwärtige englische Regierung werde eine verstärkte Kontrolle der deutschen Finanzen zulassen und sicher auch der Erhebung von 25 vom Hundert vom Wert der deutschen Ausfuhr sowie der deutschen Zolleinnahmen zustimmen.

Nach dem „Observer“ sei Frankreich jetzt bereit, Deutschland ein Moratorium zu gewähren, jedoch unter der Bedingung, daß die Zwangsmaßnahmen dahinterständen. Dieser Zwang würde angewendet werden beim ersten Verzug Deutschlands, die Maßnahmen zu treffen, die notwendig seien, um die deutschen Finanzen zu stabilisieren. Er würde die Form einer Beschlagnahme der deutschen Röhre und des Ruhrgebiets annehmen. Außerdem bestünde Poincaré auf einer formellen Streichung der alliierten Schulden als Vorbedingung einer Ermäßigung der deutschen Schuld. Die Konferenz sei, meldet „Observer“ weiter, mit der Erklärung eingeleitet worden, daß Deutschland ein Moratorium gewährt werden müsse. Dann sei erzwungen worden, für wie lange Zeit und unter welchen Bedingungen das Moratorium gewährt werden soll. Zuletzt sei die Frage der Ermäßigung der gesamten Verpflichtungen Deutschlands erörtert worden.

Deutsche Vorschläge für London.

W.B. meldet: Entsprechend ihrer Absicht, in der Reparationsfrage eine Politik der Aktivität, der Aufrichtigkeit und der geschäftlichen Klarheit zu führen, hat die deutsche Regierung zu Beginn der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten einen Schritt in London unternommen. Sie hat die Dringlichkeit einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage erneut nachdrücklich betont und um eine solche Lösung durch zweckmäßige Vorschläge anzubahnen, in Ausführung der Note vom 14. November ein System von inneren und äußeren Anleihen zur Erörterung gestellt. Das dafür zu gewährenden Moratorium soll je nach der Höhe des Zeichnungsergebnisses bis zu fünf Jahren betragen. Außerdem soll Deutschland im Sinne der Note vom 14. November für die Dauer des Moratoriums von allen sonstigen Lasten des Vertrages von Versailles befreit und seine wirtschaftspolitische Gleichberechtigung wieder hergestellt werden. Der Ertrag der ausländischen Anleihe soll ganz, der Ertrag der Inlands-

anleihe zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung stehen. Die andere Hälfte der Inlandsanleihe soll der Stabilisierung der Mark und dem Ausgleich des Reichshaushalts dienen.

Mussolini erklärte in einer Unterredung, daß die Alliierten einstimmig die deutschen Vorschläge verworfen haben.

Die Präsidentenwahl in Polen.

Gemeinsam von Sejm und Senat wurde am Sonntagabend die Wahl des neuen Präsidenten der polnischen Republik vorgenommen. Der Wahlgang mußte fünfmal wiederholt werden, bevor ein endgültiges Ergebnis erzielt werden konnte. Im ersten Wahlgang erhielten: Ramowski 228, Wojciechowski 108, Karutowicz 82, Dajnowski (poln. Soc.) 59 Stimmen; im zweiten Wahlgang: Ramowski 228, Wojciechowski 152, Karutowicz 161, Dajnowski 1 Stimme und Dandouin de Courtenay 10 Stimmen; im dritten Wahlgang: Ramowski 228, Wojciechowski 160, Karutowicz 158, Dajnowski 0 und Dandouin de Courtenay 5 Stimmen; im vierten Wahlgang: Ramowski 224, Wojciechowski 146, Karutowicz 171 Stimmen (die beiden letzten Kandidaten stufen weg); im fünften Wahlgang: Karutowicz 280, Ramowski 227 Stimmen. Es wurde eine Anzahl weißer Stimmzettel abgegeben.

Gewählt ist endgültig Karutowicz. Um das verschiedene Ergebnis in den 5 Wahlgängen zu verstehen, muß man in Betracht ziehen, daß die Kandidaturen Dajnowski's und Dandouin de Courtenay's nur Demonstrationskandidaturen der Sozialisten und des Blocks der nationalen Minderheiten waren. Schon im zweiten Wahlgang vereinigten die Linksparteien ihre Stimmen auf Wojciechowski, mußten aber schließlich einsehen, daß sie ohne die Stimmen der nationalen Minderheiten keine Mehrheit erlangen konnten und stimmten für den Kandidaten der Partei der Befreiung: Karutowicz.

Interessant ist, daß die Nationaldemokratie (Stechlich) doch nicht Trompczynski, sondern den polnischen Botschafter in Paris Graf Ramowski als Kandidaten aufgestellt hatte.

Nachdem Pilsudski aus der kaum überbrückbaren Parteienzerrüttung die Folgerung gezogen hatte, sich einer Neuwahl nicht zu stellen, ist nun — wie man sieht, erst im 5. Wahlgang — der jetzige Außenminister Karutowicz zum Staatschef gewählt worden. Für ihn haben die Linke und die nationalen Minderheiten gestimmt, denen der extremkonservative Vertrauensmann des Großgrundbesitzes, der Kirche und der Erzhawawinisten, Graf Ramowski nicht anheim war. Der Wahlausgang ist also eine Niederlage der Rechten. Die Linke konnte aber nur mit Hilfe der Nichtpolen siegen. Der neue Staatschef Polens ist von Beruf Ingenieur und lebte lange Jahre in der Schweiz. Im letzten polnischen Kabinett übernahm er auf Ersuchen Pilsudski's das Außenministerium. Er gilt als guter Kenner des deutschen Volkes und der deutschen Wissenschaft. Hoffentlich betätigt er sich in seinem neuen Amt im Sinne der Völkerverständigung. Damit würde er auch seinem Land die besten Dienste leisten.

Reaktionär-nationalistische Hege gegen Karutowicz.

Die reaktionär und nationalstisch eingestellten Nationaldemokraten können ihre Niederlage bei der Wahl des Staatspräsidenten nicht verbergen. Sofort nach der Wahl setzten auch schon die Hege der Rechtsparteien gegen Karutowicz ein. Vor dem Sejm hatte sich eine Menge von falschlichen Studenten versammelt, die schrien: „Nieder mit Karutowicz!“ und auf alle, die widersprachen, einschlugen. Der Pöbel drang nach dem Ministerpräsidentium, um dort zu protestieren. Am Sonntag fand eine Protestversammlung der polnischen Jugend unter freiem Himmel statt. Die Presse der Rechtsparteien kann schließlich gegen den neuen Präsidenten nichts einwenden, sie behauptet nur immer wieder, der Wille des polnischen Volkes stehe nicht hinter ihm, und jede Rettung wiederholt mindestens achtmal, daß er hundertunddreißig nichtpolnische, also „staatsfeindliche“ Stimmen erhalten habe. Besonders empört ist die Rechte über die polnische Volkspartei, die ihren Kandidaten nicht unterstützt hat. „Rachapospolita“ nennt das Ergebnis der Wahl sogar eine „Schmach und Schande“ des polnischen Volkes.

Die deutsche Sühnenote.

Wie die Agence Havas berichtet, ist die Antwort der deutschen Regierung an die Botschafterkonferenz über die Zwischenfälle in Baffan und Jugo'stadt gestern nachmittag in Paris übermittelt worden. Die deutsche Regierung erklärte, daß sie allein berechtigt sei, die Entschuldigungen auszusprechen, die verlangt würden. Sie erklärte weiter, daß sie die Bürgermeister in ihrer Eigenschaft als Polizeichefs nicht absetzen könne, da sie keine Beamten seien, sondern gewählte Organe autonomer Verwaltungen. Die deutsche Regierung teilte mit, daß sie die verlangte Summe von einer Million Goldmark zur Verfügung der alliierten militärischen Kontrollkommission stelle.

Jaromags Kongressbotschaft.

In seiner Botschaft an den neugewählten Kongress sprach Jaromag sich über die allgemeine Lage der Welt aus. Die Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung habe kaum begonnen. Unter anderem besaß die Botschaft mit dem Alkoholverbot, den auswärtigen Krediten, Transporthilfen, der Ainderarbeit und der Einwanderung. Ueber die auswärtigen Angelegenheiten sagte der Präsident, das Land habe seinen Einfluss in weitem Maße dazu verwendet, bewaffnete Konflikte weniger wahrscheinlich zu machen. Die Vereinigten Staaten hätten volle Kenntnis von den Anstrengungen, die die Welt zum Zweck der Wiederherstellung unternähme. Dieser Verpflichtung, die Amerikaner Idealen entsprechen und durch die amerikanische Regierungsform gesichert worden sei, werde die Regierung bereitwillig nachkommen. Indessen mühte jeder Nation geholfen sein, auf eigenen Füßen vorwärts zu gehen. Andernfalls sei ihr internationaler Wert nur gering. Die Welt befinde sich noch immer in einer Krise, und es sei keine bloße Redensart, wenn man sage, daß unsere Zivilisation liegt auf die Probe gestellt werde. Es bestehe wenig Unterschied bezüglich der Rolle, die Amerika bei der Förderung des Friedens und den Fortschritten der Menschheit spielen sollte, auch bezüglich der Art und Weise, wie sie gespielt werden sollte. Wir verlangen von niemandem, daß er die Verantwortung für uns übernehme, und wir übernehmen auch keine Verantwortung, die die anderen selbst tragen müssen. Wenn internationalen Beziehungen hoffnungsvoll im Internationalismus verankert. Ueber den Justizfall, der als wichtigstes Schiedsmittel gegen den anomalen Zustand des Welthandels bezeichnet wird, sagte Jaromag, niemand bleibe ein Abzweiger auf kommerziellen oder sonstigem Gebiet in Betracht. Es würde der besten amerikanischen Tradition und den höchsten Menschheitsidealen zuwiderlaufen.

Zum Schluß sagte Jaromag: Der Krieg hat Amerika zu einer Weltmacht gemacht. Wir haben nicht darauf geachtet, einen übertriebenen Teil des Goldes der Welt zu haben; wir trachten nicht danach, ein internationaler Diktator zu werden. Wir werden uns freuen, die Weltwirtschaft wiederherzustellen, den Handel in jeder Beziehung zu erleichtern, aber nur so, daß wir nicht die Stufe derer herabsinken, die wir emporklimmen haben.

Die Frauen und der Weltfrieden.

Auf dem internationalen Frauenkongreß, der als Fortschritt zum internationalen Friedenskongreß augenblicklich im Haag tagt, sind 17 Länder vertreten, darunter Belgien und die Vereinigten Staaten. Gegenstand der Erörterungen des ersten Tages bildeten die allgemeinen und politischen Folgen der Friedensverträge. Eine Entschließung gelangte zur Annahme, in der die alliierten Ministerpräsidenten, die in London zusammenkommen, aufgefordert werden, durch eine endgültige Regelung der Reparationsfrage das Vertrauen in der Welt wiederherzustellen und damit die Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Beziehungen und der internationalen Zusammenarbeit zu ermöglichen. Prof. Duidde, der mit großer Wichtigkeit einer Reihe von Bestimmungen des Versailler Vertrages, sowie seiner Ausführungsbestimmungen. Der Vertrag entspreche nicht der Weltanschauung, die durch die Note Wilsons bei Abschluß des Waffenstillstandes gegeben wurde. Diese Frage müsse durch ein unabhängiges Gericht geprüft werden. Außerdem sprachen sich Vertreterinnen aus Polen, Ungarn und Frankreich über die Revision der Friedensverträge aus. Ferner wurde in der ersten Sitzung ein Bericht der nach dem besetzten deutschen Gebiet entstandenen Kommission zur Kenntnis genommen. Frau Her (England) verwickelte auf die durch die Verlegung der deutschen Bevölkerung erwachsenen schweren finanziellen Lasten, auf die Wohnungsnot, auf die Aufnahme der Inzivilisierten usw. Zum letzten Punkt sprach außerdem Frau Fr. Gübers, Mitglied des Deutschen Reichstages, die diese Angaben durch Zahlen unterstützte. Am Abend wurde die erste von dem Komitee veranstaltete Versammlung abgehalten, wo

Del Nord Darnoor eine Rede hielt, in der er die Änderung der Friedensverträge, die Abschaffung aller Strafbestimmungen und die Veseitigung der unrichtigen Behauptung des Versailler Vertrages verlangte, ein einziges Land sei allein verantwortlich für den Weltkrieg. (Weiß.)

Neuwahlen in Deutschland?

Das sogenannte Gaugerungswort, der Verkauf der Goldkronen in Deutschland, der 650 Millionen Goldkronen im Parlament beschlossen. Die Christlichsozialen und Großdeutsche jubeln und der Bundespräsident Dr. Michael Baintsch hat an den Bundeskanzler Dr. Seipel einen geradezu begeisterten Lobeshymnus geschrieben. Die „Arbeiter-Zeitung“ erblickt in diesem Schritt ein Herausgreifen des Bundespräsidenten aus seiner bisher beobachteten Zurückhaltung, so seine Eingliederung in die Front der Bürgerlichen gegen die Sozialdemokraten.

Bezeichnend für die Situation ist auch, daß die Bürgerlichen die Welt gekommen glauben, um in Neuwahlen die Sozialdemokratie niederzurufen. Sie haben ihre Hoffnungen auf den beginnenden Preisabfall, der dem Lohnabbau folgt. Denn aber Neuwahlen stattfinden können, dürfte der Lanterungsabbau unzählige Existenzen vernichtet haben und so könnten sich die Bürgerlichen leicht täuschen. Wirklich hoffen diese Nationalen, daß das Volk gegen die Partei stimmen wird, die die Ehre des Landes, seine Arbeit vertritt und an seine Selbsthilfe durch ein greifende Restbesserung appelliert.

Ein kapitalistisches Urteil über den Achtstundentag.

In der gleichen Woche, in der die Standard Oil Company ihren Aktionären 400 Prozent Dividende bescherte und das amerikanische Eisenbahnarbeitsamt erklärte, daß die Theorie vom Existenzminimum als Basis für die Festlegung der Löhne sich bei den Eisenbahnen als absolut ruinös erwiesen werde, hat sich der junge Rockefeller, John D. R., energisch und aus praktischen wie menschlichen Gründen zugunsten des — in den Vereinigten Staaten nicht entfernt durchgeführten — Achtstundentages ausgesprochen.

Selbst in denjenigen Industrien, in denen eine ununterbrochene Arbeitszeit unvermeidlich ist, sagt der junge Delmann, sollte die Arbeit so geregelt werden, daß die Arbeiter wenigstens jede Woche einen Ruhetag genießen, wie sie eben ein Arbeitstag von etwa acht Stunden gewährleisten. Wenn der Uebergang zu solchen Arbeitszeiten zunächst höhere Produktionskosten zur Folge haben wird, so bin ich doch sicher, daß das System jede Industrie unterstützen wird, die den Achtstundentag einführt. Meiner Meinung nach stellen solche Maßnahmen nicht nur die gesündeste Wirtschaftspolitik dar, sondern man schuldet sie auch dem Arbeitnehmer einfach von Rechts wegen auf Grund der einfachen Tatsache, daß der Arbeiter zunächst ein menschliches Wesen und dann erst ein Mitglied der Industrie ist. Ich habe nie Anlaß gehabt, einen durch meine Fürsprache erreichten Fortschritt in dieser Richtung zu bedauern. Im Gegenteil, ich möchte für meinen Teil eintreten, daß alle durch Verkürzung der Arbeitszeiten bedingten Mehrkosten früher oder später durch Mehrleistung und größere Zufriedenheit der Arbeiterschaft wieder ausgeglichen werden.

Wir möchten unsern kapitalistischen Wirtschaftspolitikern nur etwas von dieser Mäßigkeit und Einsicht des jüngern Rockefeller wünschen.

Die Fenerungsarbeiten in Deutschland. Die Großhandelsänderer des Statistischen Reichsamts ist von dem 100fachen im Durchschnitt Oktober auf das 115fache oder um 15,4 vom Hundert im Durchschnitt November gestiegen. Die auf den 5. Dezember berechnete Stichtagsänderer der Großhandelspreise erreichte das 145fache des Friedensstandes. Von den Hauptgruppen haben die Lebensmittel am gleichen Tage auf dem 110fachen, die Anbauerzeugnisse auf dem 122fachen, ferner die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren auf dem 128fachen und die Einfuhrwaren auf dem 209fachen.

Die Glotzenabführung in Oksien. Die „New York Herald“ aus Washington meldet, daß das Staatsdepartement von dem amerikanischen Botschafter in Tokio die Meldung erhalten hat, daß Japan die Washingtoner Verhandlungen über die Glotzenabführung nach Buchladen und West auszuführen beabsichtigt und bereits große Schritte zur Einschränkung der Abführung getan habe.

Nach fünf Monaten in Frankreich Kriegsgefangenen. Von dem am 1. Oktober 1919 in Frankreich Kriegsgefangenen zur Befreiung von Strafen wegen geringfügiger Vergehen zurückgehaltenen 27 deutschen Soldaten sind mittlerweile 21 von der französischen Regierung beurlaubt worden und in ihre Heimat zurückgeführt. Einer hat seine Strafe abgelehnt und ist am 1. Oktober heimgekehrt, so daß noch fünf Deutsche Kriegsgefangenen sich im Fort de Malma bei Toulon, früher Arignon, befinden.

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Preiswahn. Wenn nach dem 1. Dezember der Ölverbrauch in seiner Menge sich gleich bleibt, ist auf Grundlage der Dezemberpreise mit einem Einnahmeverlust von 8000 Millionen Mark bei der deutschen Eisenbahn zu rechnen; danach würde auf den Kopf der Bevölkerung ein Betrag von 80000 Mark entfallen, der ausschließlich durch die Beförderung von Fedarsgegenständen aufgebracht werden müßte. Die deren Preise durch die neuen Eisenbahntarife beeinträchtigt werden, zeigt, daß auf einen Waggon Getreide der Beförderung von Ostdeutschland zum Ruhrgebiet ein Frachtgut von rund 70000 Mark kommt. Auf einem einzigen Fund Getreide liegt eine frachtliche Belastung von rund 20 Mark. Der Transport eines Hundes Salz von Mitteldeutschland nach Hamburg kostet rund 20 Mark, während die Aufwendungen für den Transport eines Hundes Butter von Ostpreußen nach Berlin 30 Mark beanspruchen. Diese Belastungen sind aber nicht die einzigen, zu denen kommen noch recht schwere indirekte Auflagen.

Seine Wiederbeschaffungspreise mehr. Das deutsche Reichswirtschaftsministerium hat in Gemeinschaft mit dem Reichsfinanzministerium Richtlinien über die Preisberechnung angearbeitet, in welchen die Erfahrungen der ausländischen Zentren, die Nachprüfung der Verträge, die Ansicht der maßgebenden Autoritäten usw. zusammengefaßt sind. Diese Richtlinien, die unmittelbar vor der Veröffentlichung stehen, werden im einzelnen jeweils die Festlegung der gemessenen Preise unter Berücksichtigung der Weltmarktwertung bieten.

Ende der Wechselkurs im Reich. Im Reich scheint man nun endlich mit den nur von der Spekulation lebenden Wechselkursen aufzuräumen. Amlich wird mitgeteilt, daß alle Handelskammer-Erlaubnisse auf Grund des Devisenhandelsgesetzes mit dem 18. Dezember ihre Gültigkeit verlieren. Dadurch wird allen nicht von Banken und Bankiers betriebenen Wechselkursen die Grundlage ihrer Existenz entzogen. Wann wird man in Danzig endlich ebenfalls gegen diese Wechselkursentwürfe vorgehen?

Amerikanische Textilarbeiter nach der Ukraine. Die „Russ. Tel.-Agentur“ erzählt, daß von dem ukrainischen Volkswirtschaftsrat einer Gruppe amerikanischer Textilarbeiter die Genehmigung erteilt worden, eine staatliche Textilfabrik in der Ukraine in eigener Regie in Betrieb zu setzen. Die amerikanischen Arbeiter werden eine der mechanischen Zweigbetriebe übernehmen.

Krupps Landpachtungen in Rußland. Es werden jetzt die Einzelheiten des Vertrages bekannt, der zwischen dem Leiter der russischen Handelsvertretung in Berlin Stomoniakoff und dem Vorstandsmitglied der Krupp-Werke Dr. Soran abgeschlossen worden ist. Es handelt sich nach diesem Vertrage um die Verpachtung von circa 25000 Hektar Land an die Krupp-Werke, die auf dem gepachteten Boden einen landwirtschaftlichen Großbetrieb eröffnen wollen. Das Betriebskapital für dieses Unternehmen wird in Höhe von 75 Prozent von einwilligen Kapitalistengruppen zur Verfügung gestellt. Die Dauer der landwirtschaftlichen Konzeßion beträgt 20 Jahre. Im Laufe von 8 Jahren ist der Konzeßionär verpflichtet, die Gesamtfläche der Konzeßion in Bearbeitung zu nehmen. Das Arbeitskommissariat stellt dem Konzeßionär die Arbeiter zur Verfügung. Die Regierung hat das Vorkaufsrecht auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Konzeßionärs zu Westmarktpreisen, wobei für Getreide die Preise der Rotterdammer Märkte maßgebend sind. Das Eigentum des Konzeßionärs darf weder konfisziert noch liquidiert werden. Das Konsensschreiben an diesem Vertrage ist die Tatsache, daß sich die Sowjetregierung der Mitwirkung des marikanischen Vertreters der deutschen Schwerindustrie bedient, um schließlich auf das einwillige Kapital, einen landwirtschaftlichen Großbetrieb auf staatlichen Ländereien zu errichten. Damit abt sie offensichtlich ihre Verschleißigkeit zu selbst auf dem fruchtbarsten Boden des Donaubereichs auf eigener Kraft einen landwirtschaftlichen Großbetrieb zu organisieren.

Der Büttnerbauer

Roman von Wilhelm von Polenz

Nachdruck verboten.

Gustav nahm die Büttnerkraft zusammen und fand das verlorene Bedankworte wieder. „Zieh ein Band müdten wir wohl alle kennen lernen, wie es der Herr da beschrieb.“ Aber ich bin der Kontrakt unterschrieben und mit dem Herrn Züchtelmannes dorten ab, da müßte ich doch vorher von ihm noch ein Wissen, nämlich warum die Leute dort, die Furchen und die Wälder aus dem Lande, von dem uns der Herr erzählt, warum kann die nicht auf Arbeit gehen wollen und sich das Verdienst mitmachen? Oder gibt's dort etwa keine Arbeit mehr? Das glaub' ich doch nicht!“

Die Bauerleute waren diesen Worten mit Spannung gefolgt. Die Männer saßen ihren Verfall zu erkennen. Das war einleuchtend! Büttner hatte recht! Es war doch nicht falsch, daß die Leute in seiner Gegend sich den Wäldern anschauen lassen sollten, der ihnen hier anvertraut wurde. Man war gewarnt, und der Herr darauf zu antworten haben müßte.

Der wurde die Äpfel und Lächel. Er schien der Sache einen harmonischen Ausdruck geben zu wollen, indem er sie auf die Art der Furchen nahm. „Aber Gustav! Ich er...“

„Aber ich bin der Kontrakt unterschrieben und mit dem Herrn Züchtelmannes dorten ab, da müßte ich doch vorher von ihm noch ein Wissen, nämlich warum die Leute dort, die Furchen und die Wälder aus dem Lande, von dem uns der Herr erzählt, warum kann die nicht auf Arbeit gehen wollen und sich das Verdienst mitmachen? Oder gibt's dort etwa keine Arbeit mehr? Das glaub' ich doch nicht!“

Die Bauerleute waren diesen Worten mit Spannung gefolgt. Die Männer saßen ihren Verfall zu erkennen. Das war einleuchtend! Büttner hatte recht! Es war doch nicht falsch, daß die Leute in seiner Gegend sich den Wäldern anschauen lassen sollten, der ihnen hier anvertraut wurde. Man war gewarnt, und der Herr darauf zu antworten haben müßte.

Der wurde die Äpfel und Lächel. Er schien der Sache einen harmonischen Ausdruck geben zu wollen, indem er sie auf die Art der Furchen nahm. „Aber Gustav! Ich er...“

„Da haben wir!“ rief Gustav, welcher den Mann nicht anreden ließ. „Da hört ihr! Wie ich schon habe! Die Sache ist genau so, wie ich schon eben das machen, was denen dort nicht paßt. Wenn die sich in out vornehmen, dann werden wir abgelehnt. Ne, das paßt und auch nicht — nicht wahr? Wir sind nicht schlechter hier als irgendwo anders!“

Gustav sah sich fragend im Kreise um. Die Männer riefen ihm zu, daß er recht habe. Der Werber, welcher merkte, daß die Dinge eine unangenehme Wendung für ihn zu nehmen brannen, rief mit erheblicher Stimme: „Man solle ihn nur anhören, er werde alles haarfährig erklären.“ Aber schpa hatte er die Aufmerksamkeit verloren. Man schmahle laut durcheinander und murmelte. Nur einem sollte die Sache nicht laufen. Das sei der reine Menschenfresser, der hier angetrieben würde, rief einer von den jungen Leuten mit Pöbelzunge.

„In Glauben die Bedenkarten hin und her. Ich rede mancher von der Sache, was der Herr's aber nicht gekauf hatte. Der Meint nach das Spiel noch nicht verloren, er traf an einzelne heran, schickte ihnen an, eiferte, widersprach, mußte festhalten. Er hatte auf sich abzuweichen, er fand keinen Grund mehr. In diesen einfachen Äpfeln war das Vertrauen von geworden, und mit Unachtsamkeit ließ sich ihnen der Kontrakt nicht wieder ändern.“

„Was hat nach Gustav hatte den Kontrakt zu unterschreiben, was er nicht mehr auf...“

„Was hat nach Gustav hatte den Kontrakt zu unterschreiben, was er nicht mehr auf...“

Die Männer blieben noch bestaunt. Gustav Büttner war der Herr der Furchen. Das war etwas ganz Neues für ihn. Das Vertrauen von...“

„Für recht hielt, ohne halben noch Bewunderung. Der Erfolg, den er gehabt, sollte ihm selbst in Erstaunen. Die Aufmerksamkeit, deren Gegenstand er gegen seinen Willen geworden, tat ihm aber doch wohl, bekam schließlich etwas Preiselndes, Verarmendes für seine wenig vermehrte Eitelkeit.“

„Und die Umachung sorgte dafür, daß dieses Gefühl sich steilerte. Man sclerte den Sieg, brüstete sich damit, dem Aufsteherausen das Gesicht gründlich angeht zu haben. „Na, mit Götterhauer!“...“

„Nach Gustav durfte sich nicht lumpen lassen, er ließ anfragen. Dabei machte er sich zum besonderen Scherz, jedes Glas einzeln heraufbringen zu lassen, nur um das Vertrauen zu haben seinen Vetter Richard Katsch auf seinen Wink sprächen zu sehen. Unter dem Schenktische erschienen jetzt auch Lächel. Sie schickte nach dem Vetter hinüber und schickte ihm mit schielendem Munde zu. Er hob das Glas, und ihr antwortend rief er: „Auf deine Schönheit!“ Ein schallendes Gelächter der Burden antwortete. „Dritste von sich, Weinbar gekränkt, von der Vierausgabe zurück.“

„Während man noch den letzten Witz behandelte, trat ein anderer ins Zimmer. Seinem Fußgänger nach war er ein wandernder Handwerker, auf dem Rücken den „Werkzeug“, den „Sten“ in der Hand.“

„Wenn Kunde!“ begrüßte ihn einer von den jungen Leuten, der auch einmal auf der Waise gewesen war und die Handwerker beherrschte.“

„Wenn Kunde!“ kam es aus dem Munde des Wandersmannes zurück.

„Na, Kunde, wie ist der Fall gewesen?“

„Frank, du, ich mer Hinfen pugen! Ne, dann is meinen Fäden lei Tobu an nabel.“

„Na, Kunde, nabel schick de gerade nicht aus. Du wirst wohl einmal gemacht han! Ober bist de gar verschütt gegangen?“

„Na, und verdirbt gebu! Nicht mal Knack gemacht ha! Mein Lebtog nicht! Ich hab' freilich meine Fäden in Ordnung. Dittich se...“

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Beim Pferdefleischer.

Nach dem in den Vorkriegsjahren gab es Leute, die sich als Erlas für Rind- und Schweinefleisch mit Pferdefleisch abfinden mußten. Im großen und ganzen war der Konsum an Pferdefleisch jedoch nicht bedeutend. Aber schon während der Kriegszeit änderte sich das Bild. Die Knappheit an anderem Fleisch vergrößerte den Umsatz an Pferdefleisch. Schon am frühen Morgen reisten sich Frauen und Kinder vor den Töden an, in denen Pferdefleisch verkauft wurde. Ein hiesiger Kopf errichtete in der St. Petri-Kirche ein Restaurant, in dem es als Spezialität Pferdefleisch und -Wurst gab. Der Besuch war überraschend groß. Die gegenwärtige Zeit wachsender Not und Proletarisierung ganzer Volksschichten, wie wir sie besonders bei den Kleinrentnern erleben, veranlaßt auch eine Veränderung in der Ernährung. Was früher verpönt war, wird jetzt nicht gekostet, man reißt sich darum. Die Ware ist schnell ausverkauft. Wer das Fortschreiten der Verarmung prüfen will, der beobachte die Pferdefleischverkauftstellen, die sich in Danzig merklich vermehrt haben. Die Töden sind fast immer gefüllt. Das Publikum setzt sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen. Der Droßkufenkutscher steht im Gespräch mit der mittleren Beamtenfrau, der proletarisierte Arbeiter mit der Altkolonistin, der Arbeiter mit dem Kleinrentner, der in halbwinckeliger Stellung sich gegen indiskrete Einflüsse der Fortschrittler durch das Schamfenster zu schützen versucht. Peinlichkeit ist durchaus hier nicht am Platze, wer gelegentlich seinen Spott über den Mittelsbürger ausläßt, kann noch lange nicht mit Bestimmtheit behaupten, daß er nicht in nächster Zeit ebenfalls in diese Kategorie verfiel wird. Es gibt auch noch eine weitere Kategorie Männer, die das Opfer einer geschickten Täuschung ihrer Frauen werden. Die essen sehr oft mit großem Behagen Minderfleisch-Monaden oder Rindfleisch-Klops, ohne aus den gleichartigen, unbeweglichen Massen der Hausfrauen den wahren Sachverhalt zu entnehmen.

Eine Strandung vor Sela.

Vor dem Danziger Seeamt wurde über eine Strandung verhandelt, die am 20. November morgens 4 Uhr, an der Spitze von Belg erfolgte. Der Motorleger Hieronimus fuhr am 22. November von Danzig ab, um Holz nach Bristol zu bringen. Unterdessen erlitt der Motor Schaden, und vor Mirbisch ließ der Motorleger mit dem Rechter eines Schleppzuges zusammen. Das unglückliche Wetter und die Lage des Schiffes nötigten den Kapitän umzukehren und unterhalb Sela Schutz zu suchen. An der Spitze von Sela wurden die Anker geworfen. Am Morgen des 23. sah das Schiff die Strände fest. Am anderen Tage wurde es abgedockt und nach Danzig gebracht. An Bord waren sechs Mann. Der Staatskommissar Freigattkapitän Gradow gab sein Gutachten dahin ab, daß die Motorleger ihre Verschlingung nach nachweisen müßten. Wenn auf den Motor kein hinreichender Verlast ist und die Segel nicht ausreichen, so daß das Schiff auf das andere verläßt, dann muß die Brauchbarkeit des Schiffes leiden. Der Spruch des Seeamts lautet: Der Unfall des Schiffes ist verschuldet durch das plötzliche Umschlagen des Windes. Die Schiffsführung trifft keine Schuld.

Wertwürdige Rindgebearungen.

Der Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist an dieser Stelle schon genügend gewirkt worden. Diese Ordnung beruht darauf, daß das Volk unterdrückt und ausgebeutet wird, während ein kleiner Teil der Wirtschaftsgewaltiger. Als Beweis könnte man tausend Beispiele auf allen Gebieten anführen. Ein merkwürdiges Beispiel brachte die „Volksstimme“ in der Notiz über das Altersheim Pöhlau. Es hieß darin: „Bemerkenswert ist, daß die Stadt jährlich 6382 Mark Zinsen an Renten abführen muß für einen in den Kriegsjahren 1877/12 aus dem Mitteln der Anstalt entnommenen Geldebetrag.“ Diese Tatsache ist sogar ungewöhnlich bemerkenswert, und noch bemerkenswerter ist die Tatsache, daß mehr als 100 Jahre hindurch die Stadtväter über diese Tatsache nie gestolpert sind, daß keiner von ihnen je auf den Gedanken kam, die Schuld doch einfach zurückzahlen, und damit die Zinsen zu ersparen. Nehmen wir an, es würden jährlich 4 Prozent Zinsen entrichtet, so wäre das Kapital in 100 Jahren bereits viermal so groß geworden, aber die Schuld bestände noch in der ungefähren Höhe ewig weiter.

Auf diese sturende kapitalistische Weise kann man es erreichen, eine Schuld ewig zurückzahlen und sich in ewige Schuldnechtigkeit zu bringen und zu erhalten. Eine andere Wertwürdigkeit auf diesem Gebiete besteht darin, daß die preussische Eisenbahnverwaltung das Aufschlagel für die Eisenbahnen nie zurückgezahlt, sondern ewig verzinst hat. Die Eisenbahnverwaltung hat dem Ertrage die meiste Hälfte der preussischen Finanzverwaltung. Es wäre ihr also ein leichtes gewesen, diese Schuld in wenigen Jahren restlos zu tilgen und sich vollkommen schuldenfrei zu machen und alle Baufonds reichlich aufzufüllen und ihrerseits für das Kapital dieser Fonds Zinsen zu beziehen. Das geschah aber nicht.

Der Zweck dieser Maßnahmen ist ein verheerend kapitalistischer. Es soll dadurch erreicht werden, daß die Nachfrage nach Geldkapital möglichst hochgehalten und verhindert wird, daß das Geldkapital in ausreichender Menge angeboten wird. Deshalb dieses letztere, dann würde der Zinssatz sinken, und das Vertrauen der Banken und die großen Geldmänner nicht. Ihr aanaes wirtschaftliches Dasein beruht darauf, daß sie in hohen Zinsen ein arbeitloses Einkommen beziehen, das den Arbeitern und Angestellten von ihrem Lohn gekürzt wird. Deshalb sollte man die Zinsgebearungen, den Zinswucher und die Schuldenwirtschaft einmal unter diesem Gesichtspunkt prüfen.

Schiedsgericht im Groß- und Kleinhandel.

Der Schlichtungsausschuß wählte in dem Gehaltsvertragskaufmännischen Anarchisten des Groß- und Kleinhandels folgenden Schiedsgericht: Die Oktobergebälter werden für den Monat November um 150 Prozent erhöht. Die Verheiratenanlage beträgt für den Monat November 2000 Mark. Die Gehaltsätze für November sind folgende: Für Angestellte im 1. Berufsjahr 2287,50 Mk., 2. Berufsjahr 2787,50 Mk., 3. Berufsjahr 3287,50 Mk., 4. Berufsjahr 3787,50 Mk., 5. Berufsjahr 4287,50 Mk., 6. Berufsjahr 4787,50 Mk., 7. Berufsjahr 5287,50 Mk., 8. Berufsjahr 5787,50 Mk., 9. Berufsjahr 6287,50 Mk., 10. Berufsjahr 6787,50 Mk., darüber 51900 Mk.; für Angestellte unter Verheiraten: im 1. Berufsjahr 19312,50 Mk., 2. Berufsjahr 17250 Mk., 3. Berufsjahr 21750 Mk.; für Verheiraten im 1. Berufsjahr 3125 Mk., im 2. Berufsjahr 5000 Mk., im 3. Berufsjahr 6875 Mk. Diese Sätze gelten nur für ein monatliche Tätigkeit. Vertüchtigungsfähige Angestellte sind entsprechend höher zu bezahlen.

Der Satz aus Papp. Die enorme Preissteigerung des Pappes hat auch den Satz so verteuert, daß ein Pappbeutel heute fast unerschwinglich geworden ist. Man hat

in Kuscheln treiben müssen, und sogar der Kuscheln in Kuscheln geworden, um wenigstens beim Kuscheln die Fülle des Ganges zu haben. Infolgedessen ist die Industrie lebhaft damit, für den Winter einen geringeren Satz zu finden, dessen Ausführung im Winter Satz aus Glas, der bedeutend billiger als der Holzsatz werden sollte, berichtet. Wie jetzt bekannt wird, hat eine Karlsruher Firma einen Satz aus Glas beim Reichsanwalt angemeldet, dessen Boden aus Holz, die Wände und der Deckel dagegen aus Papp bestehen. Der Antrag mit schwarzem Spiritusglas soll den Satz aus Holz und Glas dem alten zum Verwechseln ähnlich machen.

D. S. P. D., Bezirksvereine Groß-Danzig.

Montag, den 11. Dezember 1922, abends 7 Uhr, in der Handels- und Gewerkschaft, in der großen Halle: gemeinsame Vertreter-Vertammlung der Arbeiter D.S.P. und U.S.P. Vertreter.

Tagesordnung:

1. Der Kampf gegen die Exzerz. Ref.: Gen. Frau.
 2. Organisationsfragen.
- Wir erziehen die Vertreter, unbedingt und pünktlich zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Vertreterkarte ist voranzuliegen. Als Vertreter der Arbeiter D.S.P. gelten die Bezirksführer.

Mit Teilnehmern

Der Bundesrat.

Erhöhte Auslandspostgebühren.

Mit Wirkung vom 15. Dezember sind die Auslandspostgebühren neu festgesetzt worden. Es lautet von diesem Tage an im Verkehr nach dem Ausland (außer Deutschland, dem Niemalgebiet und Polen) u. a.: Der Brief bis zum Gewicht von 20 Gr. einseitig 100 Mk., jede weiteren 20 Gr. oder ein Teil von 20 Gr. (Postgewicht 2 Kg.) 50 Mk., die einfache Postkarte 30 Mk., die Postkarte mit Antwort 20 Mark, Druckbogen je 50 Gr. oder ein Teil von 50 Gr. 100 Mk., Warenproben je 50 Gr. 20 Mk., mindestens aber 100 Mk., aWarenproben je 50 Gr. 20 Mk., mindestens aber 40 Mk., Einschreibgebühr 50 Mark.

Berliner Milliardenwindfall in Danzig?

Die Aufdeckung der Milliardenwindfall, die in Berlin der verheerete Kaufmann Samuel Rosened durch Fälschung von Goldscheinen verübte, spielt jetzt auch nach Danzig herüber. Rosened ist vor etwa 2 Jahren nach Berlin gekommen. Er begann sofort den Verkauf von Edelmetallen und gab sich allem Anschein nach zu einer weit verzweigten Schmugglerbande, die Edelmetalle aller Art über die Grenze schaffte. Ein Teil dieser Freunde des Verhafteten ist, bevor die Berliner Kriminalpolizei sie fassen konnte, mit Pässen versehen, nachweislich nach Danzig abgefahren. Wahrscheinlich haben diese Leute auch einen Teil des Silber- und Goldschmuckes, den Rosened für seine Fälschungen beschaffte, mitgenommen. Andere Werte haben die Kriminalbeamten bei Bekannten und Freunden Rosened in kleinen Koffern mit Silber und Gold, Uhren, Jagarreten, Eis, Armabändern, Broschen, Stockrisen usw. beschlagnahmt. Rosened gibt an, die Probefabrik der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt gefälscht zu haben. Er will aber die Hauptfabrik nicht selbst gekostet, sondern von einem Manne, der früher bei der Anstalt angestellt gewesen ist, gekauft haben.

Neue Danziger Briefmarken. Mit Rücksicht auf die bedeutenden Tarifserhöhungen bei der Post beschließt die freihandliche Postverwaltung, Briefmarken im Werte von 250, 500 und später noch zu 1000 Mark herauszugeben. Die neuen Marken werden im Format eines liegenden Rechtecks in Größe von zwei Wassermarken hergestellt. Sie zeigen ein von einem Löwenkopf im Barockstil gehaltenes Danziger Wappen. An Stelle der bisherigen großen 100-Mark-Marke wird ab Mitte dieser Woche eine kleine 100-Mark-Marke zur Ausgabe gelangen. Ferner wird auch die breite 20-Mark-Marke als Dienstmarke in den Verkehr kommen. Kurzzeit sind an den Danziger Postämtern 21 verschiedene Danziger Marken zu haben.

Ein unredlicher Expedient. Der Expedient G. Sch. aus Danzig hatte für seine Firma die Güter vom Kaiserhafen zu befördern. Als eines Tages die Summe durch Versehen einer 1 und ließ sich dann 100 000 Mark zumiel auszahlen. Der Betrag wurde jedoch bald entdeckt. Sch. wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, ihm jedoch Strafausschub gewährt, wenn er eine Geldbuße von 20 000 Mark zahlt.

Ein netter Diebhaber. Der Arbeiter Paul Waldemski nahm sich, obwohl verheiratet ein Dienstmädchen als Braut. Bei einem Heirat des Mädchens erbrach er eine Kasse der Dienstherrschaft und entwendete Geld und Schmuckstücke. Das Mädchen flüchtete. So andersherum flüchteten beide nach Marienburg und dann nach Marienwerder. Hier verließ er das Mädchen, das später verhaftet und bestraft wurde. Er wurde in Anklam festgenommen und erhielt jetzt wegen gemeinshaftlichen Diebstahls 1 Jahr Gefängnis.

Ganbuch des guten Tones und der feinen Sitte von A. v. Francken. 17. Auflage. 24 Seiten. Preis vornehm gebunden ca. 1200 Mk. (freibühend). Max Besses Verlag, Berlin W. 15. - Guter Ton und einwandfreies Benehmen sind in unserer Zeit erstrebenswerter denn je. Von all den zahlreichen Büchern der gleichen Art ist uns keines bekannt, das so viele Vorzüge in sich vereint, wie gerade dieses. Nichts von blühenden, kalten Höflichkeit. Überall geht Verfeinerung der äußeren Formen mit innerer Verehrung, nicht Höflichkeit mit Verächtlichkeit Hand in Hand. Jedenfalls möchten wir das Buch als besseres Geschenk zu jeder Gelegenheit, besonders zu Weihnachten, wärmstens empfehlen.

Preis Danziger Höhe. Der Rittergutsherr Ernst Andree in Straßeln ist zum Amtsvorsteher für den Amtsbereich Straßeln auf eine weitere Amtsdauer von 8 Jahren, und zwar vom 1. November 1922 bis 31. Oktober 1928 ernannt worden. Für die Landgemeinde Ostelnsdorf sind beauftragt worden: der Besitzersohn Emil Henke als Gemeindevorsteher, der Besitzersohn Gustav Kowalle als Schöffe, der Besitzer Friedrich Domroth als Schöffe, der Besitzer Gottlieb Schöck als stellvertretender Schöffe. Für die Landgemeinde Oberhölle sind beauftragt worden: der Besitzer David Klatt als Schöffe, der Besitzer Albert Dey als stellvertretender Schöffe.

Stellungnahme der Danziger

Die Danziger Arbeiter haben sich über die Stellungnahme der Danziger Arbeiter zu den verschiedenen Vorschlägen der Regierung und der Arbeitgebervereine ausgesprochen. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Vorschläge der Regierung und der Arbeitgebervereine nicht im Einklang mit den Interessen der Arbeiter stehen. Die Arbeiter fordern eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Regierung und die Arbeitgebervereine nicht imstande sind, diese Forderungen zu erfüllen. Die Arbeiter fordern eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter.

Die Danziger Arbeiter haben sich über die Stellungnahme der Danziger Arbeiter zu den verschiedenen Vorschlägen der Regierung und der Arbeitgebervereine ausgesprochen. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Vorschläge der Regierung und der Arbeitgebervereine nicht im Einklang mit den Interessen der Arbeiter stehen. Die Arbeiter fordern eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Regierung und die Arbeitgebervereine nicht imstande sind, diese Forderungen zu erfüllen. Die Arbeiter fordern eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter.

Die Danziger Arbeiter haben sich über die Stellungnahme der Danziger Arbeiter zu den verschiedenen Vorschlägen der Regierung und der Arbeitgebervereine ausgesprochen. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Vorschläge der Regierung und der Arbeitgebervereine nicht im Einklang mit den Interessen der Arbeiter stehen. Die Arbeiter fordern eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Regierung und die Arbeitgebervereine nicht imstande sind, diese Forderungen zu erfüllen. Die Arbeiter fordern eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter.

Die Danziger Arbeiter haben sich über die Stellungnahme der Danziger Arbeiter zu den verschiedenen Vorschlägen der Regierung und der Arbeitgebervereine ausgesprochen. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Vorschläge der Regierung und der Arbeitgebervereine nicht im Einklang mit den Interessen der Arbeiter stehen. Die Arbeiter fordern eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Regierung und die Arbeitgebervereine nicht imstande sind, diese Forderungen zu erfüllen. Die Arbeiter fordern eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter.

Die Danziger Arbeiter haben sich über die Stellungnahme der Danziger Arbeiter zu den verschiedenen Vorschlägen der Regierung und der Arbeitgebervereine ausgesprochen. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Vorschläge der Regierung und der Arbeitgebervereine nicht im Einklang mit den Interessen der Arbeiter stehen. Die Arbeiter fordern eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Regierung und die Arbeitgebervereine nicht imstande sind, diese Forderungen zu erfüllen. Die Arbeiter fordern eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter.

Die Danziger Arbeiter haben sich über die Stellungnahme der Danziger Arbeiter zu den verschiedenen Vorschlägen der Regierung und der Arbeitgebervereine ausgesprochen. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Vorschläge der Regierung und der Arbeitgebervereine nicht im Einklang mit den Interessen der Arbeiter stehen. Die Arbeiter fordern eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Regierung und die Arbeitgebervereine nicht imstande sind, diese Forderungen zu erfüllen. Die Arbeiter fordern eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter.

Die Danziger Arbeiter haben sich über die Stellungnahme der Danziger Arbeiter zu den verschiedenen Vorschlägen der Regierung und der Arbeitgebervereine ausgesprochen. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Vorschläge der Regierung und der Arbeitgebervereine nicht im Einklang mit den Interessen der Arbeiter stehen. Die Arbeiter fordern eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Regierung und die Arbeitgebervereine nicht imstande sind, diese Forderungen zu erfüllen. Die Arbeiter fordern eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter.

Die Danziger Arbeiter haben sich über die Stellungnahme der Danziger Arbeiter zu den verschiedenen Vorschlägen der Regierung und der Arbeitgebervereine ausgesprochen. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Vorschläge der Regierung und der Arbeitgebervereine nicht im Einklang mit den Interessen der Arbeiter stehen. Die Arbeiter fordern eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter. Die Arbeiter sind der Meinung, dass die Regierung und die Arbeitgebervereine nicht imstande sind, diese Forderungen zu erfüllen. Die Arbeiter fordern eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Löhne und eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter.

Wasserstandsberichte am 11. Dezember 1922.

	9. 12.	10. 12.	Kurzbericht	1. 10.	2. 10.
Zamisch	+	+	Montaurerpfle	+ 0,52	+ 0,47
Warthau	7. 12.	8. 12.	Dieskau	+ 0,44	+ 0,39
	+	+	Einslage	+ 0,56	+ 0,51
	3. 12.	4. 12.	Schleusenort	+ 2,56	+ 2,56
Plock	+	+	Magat	+ 2,70	+ 2,74
	10. 12.	11. 12.	Schönan O. P.	+ 6,66	+ 6,70
Thorn	+ 0,73	+ 0,93	Galgenberg O. P.	+ 4,60	+ 4,60
Fordon	+ 0,56	+ 0,63	Neuhäuserdamm	+ 2,00	+ 2,00
Calm	+ 0,55	+ 0,59	Anwachs		
Graudenz	+ 0,58	+ 0,68			

Die Amtssprache der Hafenausschusses.

Die Regierungen von Polen und Danzig haben den Völkerbundskommissar gemäß Artikel 20 der Konvention vom 9. November um eine Entscheidung über die bei dem Hafenausschuss anzuwendende Amtssprache anzufragen.

Der Oberkommissar hat nun entschieden, daß die polnische und die deutsche Sprache bei allen Angelegenheiten des Hafenausschusses als gleichberechtigt anzusehen sind.

In der Begründung dieser Entscheidung sagt Oettinger u. a. daß die Streitfrage selbst in zwei Hauptpunkte zerfällt, die Frage des Ansehens und die der praktischen Anwendung.

Es ist jedoch zu der Entscheidung, beide Sprachen als gleichberechtigt zu erklären. Anzusehen ist seiner vorstehenden Ausführungen ersichtlich das wenig konsequent und wiederum nur der Absicht zu entspringen.

Immer langsam voran.

Nach der Verfassung sollen die privaten Vorschulen verzwungen und dafür die Grundschule aufgebaut werden. Durch den Gang der Ereignisse sind die Vorschulen vollständig überflüssig geworden.

Die Dezember-Erhöhung der Beamtengehälter.

Bei den Verhandlungen der Eisenverwaltungen mit dem Reichsfinanzministerium über die geforderte Erhöhung der Besoldung, die für Montag und Dienstag festgesetzt sind, wollen die Eisenverwaltungen besonders nachdrücklich darauf bestehen, daß nach der Reichsministerialverordnung eine mehr als 400fache Verteuerung aller lebensnotwendigen Gegenstände gegenüber den Vorkriegszeiten eingetreten ist.

Die nächste Sitzung des Volksrates findet am Mittwoch, den 13. Dezember, nachmittags 14 Uhr, statt.

Einführung des deutschen Reichsverordnungsgesetzes in Danzig.

Der Senat überreichte dem Volksrat 3 Gesetzentwürfe, die die Verordnungen der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihre Hinterbliebenen regeln.

Die Verordnungen der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen, die durch den Verlust der Danziger Staatsangehörigkeit erworben haben, wird durch die in Danzig bestehenden Verordnungsstellen und das Reichsverordnungsgesetz in Berlin nach den bereits am 10. Januar 1920 im Gebiet der Freien Stadt Danzig in Kraft befindlichen Verordnungen durchgeführt.

Der Senat überreichte dem Volksrat 3 Gesetzentwürfe, die die Verordnungen der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen, die durch den Verlust der Danziger Staatsangehörigkeit erworben haben, wird durch die in Danzig bestehenden Verordnungsstellen und das Reichsverordnungsgesetz in Berlin nach den bereits am 10. Januar 1920 im Gebiet der Freien Stadt Danzig in Kraft befindlichen Verordnungen durchgeführt.

Der Kreistag des Kreises Danziger Niederung.

Am Sonntag im Kreishause. Die Kreisvertreter erklärten sich damit einverstanden, daß der an den Kreis grenzende Teil des Dorfs dem Kreise Danziger Niederung anverleihen wird.

Die Zinsen der städtischen Sparkasse.

Der Senat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, durch welche die Festsetzung des Zinsfußes für Spar- und Giroeinlagen bei der Stadtsparkasse von der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, die in gewissen Fällen notwendig ist, unabhängig gemacht werden soll.

Die Tätigkeit des Deutschen Schulvereins.

Vor zwei Monaten wurde in Danzig ein deutscher Schulverein gegründet, der sich in der Hauptsache die Aufgabe gestellt hat, die deutschen Schulen in den an Polen abgetretenen Gebieten Westpreußens und Posen zu unterstützen und ihnen die nötige finanzielle Hilfe zu leisten.

Eine Änderung des Gesetzes über das Pfandleihgewerbe.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Der Senat hat dem Volksrat einen Entwurf eines Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vorgelegt, durch welches die Bestimmungen des geltenden Gesetzes über das Pfandleihgewerbe in Danzig geändert werden sollen.

Advertisement for 'Gegen Feuerungswahnsinn! Volksverarmung! Auswucherung!' with a large graphic of a factory and text about social issues.

Advertisement for 'Öffentliche Versammlungen' (Public Meetings) listing dates and locations for meetings of the Danzig branch of the United Socialist Democratic Party.

Table titled 'Devisenkurse' (Exchange Rates) showing rates for various currencies like Dollar, Polish Mark, and others as of December 11 and 9, 1922.

Additional text at the bottom right of the page, possibly related to the exchange rates or a separate notice.

Holzexport W. Schoenberg & Co. Danzig

Börsengasse 23-27 — Telefon Nr. 140 und 6553
Holzexport Dampfslagwerk.

Landmaschinen und Geräte
Muscate, Betcke & Co.

„POLBAL“

Polke Bułyckie Towarzystwo Handlowe i Transportowe S. M. B. H., Danzig
Telegraph-Adresse: „POLBAL“ Breitengasse 22/23 Tel.: 3253, 3960, 3961, 5422, 3577
Eigene Kaspicher sowie große Lager für Holz, Stück- und Massengut

OIKOS

Parkett-Fabrik
DANZIG-LANGFUHR

Stabfußboden

im Groß- und Kleinhandel

BERGFORD

Holz-Speditions- und Lager-Gesellschaft m. b. H.
Langgarten Nr. 47 • DANZIG • Tel. 144, 5557, 6501
Lagerplätze in Strohdiech, Kaiserhafen, Weichselmünde.



„POLKA“

Schokoladen-Werke
AKTIEN-GESELLSCHAFT

OLIVA

Freie Stadt Danzig
Danziger Straße 26 • Fernspr. Oliva 59

Danziger Essigsprit- und Mostriehfabrik

R. Haffke & Co.

Kontor und Fabrik: Große Schwalbengasse Nr. 34 □□□□ Telefon Nr. 783

„Massar“
TRANSIT-HANDELSGESELLSCHAFT M. B. H.
Langermarkt Nr. 17 III

Rudolf Prantz, Danzig

Getreide : Mühlenfabrikate : Hülsenfrüchte : Saaten : Kolonialwaren
Import *Waplingasse 28, Fernsprecher 5376 u. 5389* Export

C. W. Kühne S. M. B. H.

Essig
Mostrieh
Konserven

Essig-, Mostrieh- und Konserven-Fabrik
DANZIG, Thormacher Weg 11a
Fernsprecher 84 • Tel.-Adr.: Caweka

Qualität!

Werbeliefer für die Danziger Volksstimme

Martlewski & Zawacki

Danzig, Münchengasse 1

Telephon 6049/6471 Telegr.-Adr.: „Mazaport“
Kolonialwaren-Großhandlung
Import — Export

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz!

Ohne Gewähr!

(J) Dampferverkehr Swinemünde — Danzig — Pillau.

Montag u. Donnerstag	6:40 ab Swinemünde an	6:00 Donnerstag u. Sonntag
Dienstag	11:40 an Neufahrwasser ab	3:40 Mittwoch u.
Freitag	12:40 ab Neufahrwasser an	3:10 Sonnabend
Dienstag und Freitag	5:40 an Pillau ab	8:00 Mittwoch u. Sonnabend

Flugverkehr:

9:00	ab Danzig an	3:30
11:00	an Warschau ab	1:00
12:00	ab Warschau an	11:30
3:00	an Lemberg ab	9:00

Druckladen liefert prompt, sauber und billig
Buchdruckerei J. Gehl & Co.



Elektromotoren
Elektro-
Installationsmaterial

Danziger Elektrowerke

Telephon Nr. 2935 Danzig, Langgarten 47
O. M. B. H. Telegr. Eimowerke

Bernhard Silberschein

Peterallengasse 10/11

Bernsteindrecherei u. Reparaturwerkstatt
für sämtliche Imitationen
Ständiger Ankauf von regalfreiem Rohbernstein

Silvapol, Holzindustrie u. -Handel Krakauer Kämpfe bei Danzig
Fernsprecher Nr. 430

Wilhelm, Weiss & Co. G. m. b. H.

Telegr.-Adr.: Webro-Danzig Danzig, Reitbahn Nr. 7 Telefon Nr. 707
Getreide — Oelisaaten — Künstlicher Dünger

Max Ellerholz, Danzig

Judengasse Nr. 26

Säcke, Pläne, Polstermaterialien, Stränge, Seile, Gurte, Halfter, Sackband, Bindegarn, Hanf- u. Papierbindfäden, Wäscheleinen, Scheuertücher, Textilwaren
Spezialität: Gebrauchte Säcke für alle Zwecke. Stets sortiertes Lager.

Danziger Holz-Kontor Aktiengesellschaft Mildkannengasse 28/29

Baltimex G. m. b. H.

Import Danzig, Langgasse 35 Export

Lebensmittel, Kolonialwaren, Mehl, Speise- u. technische Fette

Schmalenberg's Weinbrand

Edelbrand — Feinbrand

die Marken des Kenners!



Zahnpasta
der beste Zahnarzt!



DANZIGER HOLZEXPORT, Isidor Goldberger

Telephon: Notamt 6403 DANZIG Vorstädtischer Graben 44b
Telegraph-Adresse: „DAHOLGO“ DANZIG

Zuckerwarenfabrik
Otto Russau, Danzig

Verkaufsstellen: Langgarten 4, Allstätt, Graben 79

Danziger Brotfabrik S. M. B. H.

Rittergasse 7/8
Brotfabrikation und Feinbäckerei.

Gebr. Hornberger

Leder u. Schuhmacherbedarf
Danzig, Fischmarkt Nr. 12



in der ganzen Welt!

E. G. Gamm's Kernseife

Seifenpulver und Bleichsoda
bekannt und bewährt! Überall erhältlich!

„Erika“ Schreibmaschinen

Felix Jacobsohn • Hundegasse 105 • Telefon 571

Molkerei Friedrich Dohm S. M. B. H.

Filialen:
Altstädtisch Graben 25
" " 7/8
Haustor 1
Kassubischer Markt 1c
Langgarten 103
Kohlengasse 5
Schild 15
Schichaugasse 8
Pfeiferstadt 42
H. Damm 1
Rähm 13/14
Langfuhr, Hauptstr. 119
Neuschottland 15
Schidlitze, Karth. Str. 107
Zoppot, Danzig, Str. 55
" Seestr. 44

H. Filbrandt, Breitg. 14

Wiener-, Back-Würstchen, Schinken
— Aufschnitt und Wurstwaren —
sind sehr zu empfehlen.

Hersteller: Urbin-Werke, Chemische
Fabrik S. M. B. H., Danzig, Amtroy!